

# Newsletter Integration und Migration

## AKTUELLES AUS THÜRINGEN

### Neues Projekt für Migranten in Thüringen

Das Projekt „Transfer und Bildung – TraBi 2020“ ist ein neuartiges Projekt in Thüringen. Es richtet sich an Drittstaatsangehörige aller Altersgruppen. TraBi besteht aus einem Bildungsprojekt sowie einem Vernetzungs- und Transferprojekt.

Das Bildungsprojekt hat eine Dauer von sechs Monaten und besteht u.a. aus einem Sprachkurs Deutsch B2, einem Bewerbungstraining, einem Training für kulturübergreifende Kompetenz sowie einem Sprachpraktikum. 15 Drittstaatsangehörige aller Altersgruppen, die bereits einen Integrationskurs absolviert haben, können daran teilnehmen. Eine **Informationsveranstaltung** findet am **27.03.2012 um 13.00 Uhr im ZIM** statt.

Von Erfurt aus wird das Bildungsprojekt in vier weitere Thüringer Regionen transferiert. An diesen Standorten sollen in 2013 und 2014 weitere Bildungsprojekte stattfinden. Diese werden an die jeweiligen Bedingungen in den Regionen angepasst. Die Erfurter Erfahrungen werden darin einfließen.

Das Projekt wird durch den Europäischen Integrationsfonds sowie das Thüringer Innenministerium gefördert.

Weitere Informationen erhalten Sie im Zentrum für Integration, Rosa-Luxemburg-Str. 50, 99086 Erfurt, Tel. 0361 6431535, E-Mail [zim@integration-migration-thueringen.de](mailto:zim@integration-migration-thueringen.de).

### Thüringer Internetportal jetzt auch auf Englisch

Das Internetportal [www.integration-migration-thueringen.de](http://www.integration-migration-thueringen.de) ist ab sofort auch auf Englisch verfügbar.

Bereits im Eingangsportale können Sie die Sprache auswählen. Klicken Sie auf die Deutsche, Russische oder Englische Sprache und es erscheinen alle Informationen und Inhalte in der gewünschten Sprache. Damit hat ein größerer Personenkreis Zugang zum Internetportal und kann die Informationen nutzen.

Derzeitig sind ca. 400 Adressen mit allen zuständigen Stellen auf Bundes-, Landes-

und kommunaler Ebene eingestellt. Mit diesem Hilfs- und Informationsmittel ist es möglich schnell Ansprechpartner, Adressen, Telefonnummern und E-Mail Anschriften in ganz Thüringen zu finden. Für jeden Landkreis und kreisfreie Stadt existiert somit eine aktuelle Übersicht über die Angebote für Migranten und Flüchtlinge. Damit steht ein umfangreiches Hilfs- und Arbeitsinstrument zur Verfügung. Das erspart Zeit und erleichtert die Suche.

Mit dieser Neuerung sind wir einen großen Schritt weiter, um Migranten die Türen in Thüringen zu öffnen.

#### In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Neues Projekt für Migranten in Thüringen	1
Thüringer Internetportal jetzt auch auf Englisch	1
Studie „Migration und berufliche Integration in Thüringen 2011“ vom IWT	2
Umfrage zu Integrationsverhalten von Migranten in Erfurt	2
Rückkehrberatung der Caritas zieht Bilanz	2
Kinderbetreuung24	3
WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND	3
Integrationskurse: Eine Million Teilnehmer	3
Integrationspolitik soll verbindlicher werden	3
Anstieg der Zuwanderung	4
Migration-Check für ausländische Arbeitskräfte und Arbeitgeber	4
Internetseite <a href="http://www.wir-sind-bund.de">www.wir-sind-bund.de</a>	4
Aktuelle Entwicklungen bei Flucht und Asyl in Deutschland und Europa	5
Teilnahme am Resettlement-Programm des UNHCR	5
NEUIGKEITEN DER EU	6
FÖRDERTÖPFE	7
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	8
Impressum	8

Alle Ausgaben des Newsletters finden Sie ganz einfach über den hier abgebildeten QR-Code.



## AKTUELLES AUS THÜRINGEN

### Studie „Migration und berufliche Integration in Thüringen 2011“ vom IWT

Die Studie "Migration und berufliche Integration in Thüringen 2011" wurde vom IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH herausgegeben. Mit der Publikation werden mehrere Ziele verfolgt. Mit dem ersten Teil wird über die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. der ausländischen Bevölkerung im Freistaat Thüringen insbesondere in Bezug auf deren berufliche Integration informiert. Im zweiten Teil wird auf die zu erwartenden - demografisch bedingten - Veränderungen auf dem Thüringer Arbeitsmarkt eingegangen. Die aufgezeigten zu erwartenden Fachkräftebedarfe sind wichtige Signale an die Akteure des Arbeitsmarktes - auch im Hinblick auf verstärkte Bemühungen, Menschen mit Migrationshintergrund beruflich zu integrieren oder auch ausländische Fachkräfte gezielt anzuwerben. Mit dem dritten Teil soll das Bewusstsein für das Modell der Prozesskette geschärft werden: Dazu hat das IWT bestehende Unterstützungsstrukturen recherchiert und sie den Teilprozessen der Prozesskette zugeordnet.

### Umfrage zu Integrationsverhalten von Migranten

Zu Beginn dieses Jahres wurde eine Umfrage zum Integrationsverhalten von Migranten in Erfurt und Umgebung mit 44 Personen vom Zentrum für Integration Erfurt durchgeführt.

Die Befragung unterteilt sich in zwei Bereiche. Der erste Teil umfasst statistische Daten wie Alter, Geschlecht, Herkunftsland, Religion, Art und Dauer des Aufenthaltes, Sprachkenntnisse sowie berufliche Tätigkeit der Befragten. Die Migranten wurden auch danach befragt, ob sie genügend Unterstützung von deutscher Seite erhalten und welche Angebote fehlen. In einem zweiten Teil ging es um das eigene Verständnis der Migranten in Deutschland und ihre Akzeptanz.

Die Daten wurden in Tabellen und dreidimensionale Graphiken umgewandelt, mit dem Ziel, die Informationen möglichst eingänglich aufzubereiten. Besondere Aufmerksamkeit kam den Daten zu, die einen Bezug auf die in der deutschen Öffentlichkeit allgemein akzeptierten Behauptungen ermöglichen.

Ziel der Studie ist es, die gemeinsame Energie, Mittel und Zeit sowohl der deutschen als auch der ausländischen Seite für die tatsächlichen Probleme aufzuwenden und dadurch eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten zur raschen Beseitigung von Problemen in Hinsicht auf die Integration zu ermöglichen.

Die Auswahl der Befragten erfolgte nach Bereitschaft der Beteiligung an der Umfrage.

Folgende Ergebnisse hat die Umfrage ergeben:

- Nur die Hälfte der Befragten fühlt sich in Deutschland genauso akzeptiert wie Deutsche.

- Das Verhalten der Deutschen im Alltag gegenüber Ausländern und die Umgangsweisen der Mitarbeiter bei Behörden könnte durch interkulturelle Kompetenz verbessert werden.

- Die Art des Spracherwerbs ist unterschiedlich. Nur 11% lernten die Sprache durch einen Integrationskurs.

- Im Alltagsleben gibt es die größten Probleme beim Ausfüllen amtlicher Formulare, Gesprächen bei Ämtern und Behörden, Rechnungen, Infomaterial und Bankgeschäften.

- Erwerbstätigkeit und das Streben nach Selbstständigkeit ist stark vorhanden.

- Fast alle wollen in Deutschland ihre eigene Kultur bewahren. Viele sahen darin auch kein Problem.

Die Auswertung der Umfrage finden Sie auf unserer Internetseite unter <http://www.integration-migration-thueringen.de/fachdienst/content/aktuell.htm>.

### Rückkehrberatung der Caritas zieht Bilanz

Veränderte Konzeption ab 2012 mit „Projekt Focus“  
30.01.2012.- Im Januar 2009 eröffnete die Caritas in der Region Mittelthüringen die Erfurter Rückkehrberatungsstelle. Sie stellte damit ein völlig neues und in Thüringen einzigartiges Beratungsangebot bereit. Seitdem fanden über 200 ausländische Klienten – zumeist abgelehnte Asylbewerber - Rat und Unterstützung hinsichtlich einer der schwersten und folgenreichsten Entscheidungssituationen: Die freiwillige und dauerhafte Rückkehr in ihr Herkunftsland. Rückkehr- und Weiterwanderungsberatung entwickelte sich seit ihrem dreijährigen Bestehen zu einer Säule der Migrationssozialarbeit der Caritas.

Der Schwerpunkt des neuen Projektes „Focus“, das durch den Europäischen Rückkehrfond gefördert wird, ist die Herkunftsländerrecherche innerhalb der Rückkehrberatung. Sie soll das qualifizierte Angebot der Beratung erweitern. Konkret bedeutet dies, dass die Mitarbeiter der Caritas sich ein umfassendes Bild über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der Heimatländer der Klienten verschaffen. Durch gezielte Anfragen bei lokalen Nichtregierungsorganisationen, bei Behörden, Ministerien und Internationalen Organisationen recherchieren die Mitarbeiter die konkrete Situation der Klienten bei der Rückkehr. Zudem greifen die Berater auf eine sorgfältige Analyse von Berichten und Stellungnahmen zu Herkunftsländern zurück. Der fachliche Austausch mit anderen Rückkehrberatern sicher zudem die Qualität der Arbeit ab.

Darüber hinaus unterstützt die Caritas Rückkehrer bei der Beantragung von finanziellen Rückkehrhilfen und vermittelt sie gegebenenfalls in Reintegrationsprojekte im Heimatland. Auch helfen die Rückkehrberater bei Pass-, Zoll-, und Visumsangelegenheiten sowie bei der Organisation der Rückreise und des Transports.

Kontakt: Rückkehrberatungsstelle der Caritas in Erfurt: Regierungsstraße 55, 99084 Erfurt, Telefon: 0361-5553358 / 59, Fax: 0361-5553388

Rückfragen an: Sandra Jesse, Tel. 0361/ 5553359

Quelle: Caritas Pressestelle, Pressemitteilung vom 30.01.2012

# THÜRINGEN/WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

## Kinderbetreuung24

Was können Unternehmen in Thüringen tun, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Welche Betreuungsangebote für Kinder können Beschäftigte in Schichtarbeit, im Handel oder Gesundheitsbereich so unterstützen, dass sie ihrer Berufstätigkeit nachgehen können? Wie gelingt es, mehr Frauen für Leitungs- und Führungspositionen zu gewinnen? Antworten auf diese und weitere Fragen hat das Projekt „Kinderbetreuung24“ der LEG in einem Leitfaden zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Thüringen“ erarbeitet. Exemplare können Sie bestellen unter: [www.kinderbetreuung24-erfurt.de](http://www.kinderbetreuung24-erfurt.de). Hier finden Sie bspw. auch Angebote von Betreuungsangeboten für Kinder. Kontakt: LEG Thüringen, Frau Dr. Fuchs, Tel. 0361 5603127, [sigrun.fuchs@leg-thueringen.de](mailto:sigrun.fuchs@leg-thueringen.de)  
Quelle: LEG Thüringen

## Integrationspolitik soll verbindlicher werden

Die Teilnehmer des 5. Integrationsgipfels der Bundesregierung haben Ende Januar den gemeinsam erarbeiteten „Nationalen Aktionsplan Integration“ vorgestellt. Mit dem Plan sollen die Chancen auf gleiche Teilhabe der Migranten erhöht werden. Die einzelnen Maßnahmen sind erstmals mit Instrumenten versehen, die ihren Erfolg messen sollen. Oppositionsparteien und zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren, dass wichtige Integrationshürden im Aktionsplan nicht berücksichtigt werden.

Auf dem 5. Integrationsgipfel, der am 31. Januar in Berlin stattfand, wurde der „Nationale Aktionsplan Integration“ (NAP-I) verabschiedet. Der Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) folgten neben Bundesintegrationsministerin Maria Böhmer (CDU) insgesamt 120 Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, aus den Bereichen Sport, Kultur, Medien und Religionsgemeinschaften, Wirtschaft und Wissenschaft sowie von den Wohlfahrts- und Migrantenorganisationen. Der Aktionsplan war in den letzten Monaten gemeinsam von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in elf sogenannten Dialogforen erarbeitet worden. Die in dem Plan enthaltenen Integrationsmaßnahmen sind für alle Akteure erstmalig verbindlich festgeschrieben. Der über 200 Seiten umfassende Aktionsplan listet zahlreiche verbindliche Integrationsmaßnahmen auf, die mit den festgelegten Indikatoren wie Quoten, Evaluationen oder statistischen bzw. numerischen Vorgaben jedes Jahr überprüft werden sollen. Er löst den auf dem 2. Integrationsgipfel 2007 verabschiedeten Nationalen Integrationsplan (NIP) ab. Die Schwerpunkte liegen auf den Themen Sprache, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt. Erstmals berücksichtigt der NAP-I aber auch die Bereiche „Migranten im öffentlichen Dienst“ sowie „Gesundheit und Pflege“.

**Zentrale Ergebnisse:** Die Gipfelteilnehmer verständigten sich auf den Ausbau der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote, um Kindern mit Migrationshintergrund möglichst frühzeitig unkompliziert Zugang zu

Bildung, Betreuung und Erziehung zu ermöglichen. Viele Vorhaben im NAP-I sollen dazu beitragen, den Bildungs- und Ausbildungserfolg von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Dazu sollen u. a. ein durchlässigeres Bildungssystem, individuelle Förderung, mehr Personal mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich sowie bildungsbegleitende Förder- und Integrationsmaßnahmen beitragen. Außerdem sieht der NAP-I die Unterstützung des Bildungszugangs für Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsstatus vor. Der NAP-I sieht zudem vor, die Arbeitsmarktintegration voranzutreiben. Ausländische Berufsabschlüsse sollen schneller anerkannt, Migranten besser qualifiziert und bei der Existenzgründung stärker unterstützt werden. Zugleich sollen Unternehmen dafür gewonnen werden, sich stärker interkulturell zu öffnen. Hinsichtlich der Fachkräftesicherung ist eine Gesamtstrategie geplant. Neben der Förderung der inländischen Potenziale– einschließlich der Bleibeberechtigten und Flüchtlinge– sei für die Fachkräftesicherung auch eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderungspolitik notwendig, heißt es im NAP-I. Bund und Länder verpflichteten sich außerdem, den Anteil der Migranten im öffentlichen Dienst u. a. durch die „diskriminierungsfreie Personalauswahl“ und die Qualifizierung von jugendlichen Migranten zu erhöhen. Wie der im Januar vorgestellte 2. Integrationsindikatorenbericht zeigt, waren ausgerechnet die Quoten von Migranten im von staatlicher Seite am einfachsten zu steuernden Bereich, dem öffentlichen Dienst, im Vergleich zum Bevölkerungsanteil gesunken. Im Dezember hatte die Bundesregierung als erste Maßnahme die Kampagne „Meine Stadt. Mein Land. Meine Aufgabe.“ gestartet. Mehr Personal mit Migrationshintergrund soll Migranten auch den Zugang zu Gesundheits- und Präventionsangeboten erleichtern. Darüber hinaus sind im NAP-I u. a. fremdsprachige Informationen und Sprachmittler bei der medizinischen oder pflegerischen Versorgung vorgesehen, um die Zugangsbarrieren von Migranten im Gesundheitsbereich zu senken.

Weitere Informationen: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de), [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de), [www.dgb.de](http://www.dgb.de)

Quelle: Migration und Bevölkerung 02/2012

## Integrationskurse: Eine Million Teilnehmer

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat am 19. Januar dem einmillionsten Interessenten eine Teilnahmeberechtigung für einen Integrationskurs ausgestellt. In den Kursen, die seit 2005 vom BAMF koordiniert werden, können Neuzuwanderer oder schon länger in Deutschland lebende Menschen mit ausländischen Wurzeln die deutsche Sprache erlernen und Grundkenntnisse zur Geschichte, Kultur und Rechtsordnung in Deutschland erwerben. Einer aktuellen Studie des BAMF zufolge verbessere der Besuch eines solchen Kurses die beruflichen Chancen deutlich und trage zu einer schnelleren gesellschaftlichen Integration bei. So stieg der Anteil der Vollzeitbeschäftigten bei den Teilnehmern von 10 % auf 34 %. [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

Quelle: Migration und Bevölkerung 02/2012

## WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

### Anstieg der Zuwanderung

Erstmals seit acht Jahren ist die Bevölkerung in Deutschland wieder gewachsen. Der Grund hierfür ist eine verstärkte Zuwanderung. Vor allem aus dem europäischen Ausland wanderten mehr Menschen zu.

Wie das Statistische Bundesamt Mitte Januar mitteilte, ist die Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2011 leicht gewachsen. Nach Schätzungen dürften am Jahresende 81,8 Millionen Menschen, und damit 50.000 mehr als im Vorjahr, in Deutschland gelebt haben. Seit 2002 war die Bevölkerungszahl stetig gesunken. Die Zahl der Geburten lag auch 2011 deutlich niedriger als die Zahl der Sterbefälle. Im vergangenen Jahr kamen etwa 660.000 bis 680.000 Kinder zur Welt (2010: rund 677.000). Demgegenüber rechnen die Statistiker mit rund 835.000 bis 850.000 Sterbefällen (2010: rund 859.000). In der Summe ergibt das ein Geburtendefizit von 170.000 bis 185.000 (2010: 181.000).

Dieses Ungleichgewicht wurde in den letzten Jahren nicht durch Migration ausgeglichen. Der Wanderungssaldo schwankte von leicht positiv bis negativ (2010: + 128.000, 2009: - 12.000, 2008: - 55.000).

2011 kamen nach den vorläufigen Zahlen mindestens 240.000 Menschen mehr aus dem Ausland nach Deutschland als wegzogen. Damit stieg die Zuwanderung im Vergleich zum Vorjahr um 20 % an. Einen vergleichbar hohen Wanderungsgewinn gab es zuletzt 2001. Detaillierte Zahlen liegen bisher nur für das erste Halbjahr 2011 vor. Im ersten Halbjahr 2011 sind rund 435.000 Menschen nach Deutschland eingewandert. Das waren 68.000 oder 19% mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Finanz- und Schuldenkrise ließ vor allem aus besonders betroffenen Staaten wie Griechenland und Spanien deutlich mehr Einwanderer nach Deutschland kommen. Die Arbeitslosenquote in Griechenland beträgt 18 %, in Spanien sind es sogar 23%. Viele gut ausgebildete Fachkräfte gehen daher ins Ausland. Deutschland, das Fachkräfte sucht, ist dabei laut Bundesinnenministerium das bevorzugte Ziel.

Im ersten Halbjahr 2011 legte die Zuwanderung aus Spanien nach Deutschland dem Statistischen Bundesamt zufolge um 49 % auf ca. 7.250 Personen zu (1. Halbjahr 2010: ca. 4.850). Aus Griechenland kamen sogar 84 % mehr Einwanderer nach Deutschland, das entspricht ca. 8.900 Personen (1. Halbjahr 2010: 4.800). Hinzu kam im Mai 2011 der Wegfall der letzten Arbeitsmarktbeschränkungen für Bürger der acht Länder, die 2004 der EU beigetreten waren. Dazu gehören beispielsweise Polen, Ungarn und die Slowakei. Die Zahl der Einwanderer aus diesen Staaten stieg mit 30 % überdurchschnittlich an. Aus Polen kamen 77.730 Personen (2010: 60.233), aus Ungarn 17.116 (2010: 13.289) und aus der Slowakei 5.444 (2010: 4.184). Rund 62 % der Einwanderer kamen aus einem EU-Staat. Aus Afrika kamen im ersten Halbjahr 2011 rund 12.000 Menschen nach Deutschland (2010: rund 11.500), aus Nord- und Südamerika waren es rund 19.000 (2010: 17.500) und aus Asien kamen rund 47.500 (2010: 43.500). Australien und Ozeanien war die Herkunftsregion von rund 1.800 Menschen (2010: rund 1600). Die Zahl der Deutschen, die ihren Wohnsitz vom Ausland in die Bundesrepublik verlegten, ist mit rund 54.000 dagegen nahezu konstant (2010: ca. 53.000). Zugleich zogen weniger Menschen aus Deutschland fort als im ersten Halbjahr 2010.

Rund 300.000 Deutsche und Ausländer verließen die Bundesrepublik – das waren 6.000 weniger als 2010. Damit wanderten insgesamt 135.000 Menschen mehr zu als weggingen. Das entspricht einem Plus von 122 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2010. Es ist damit zu rechnen, dass sich der Trend des ersten Halbjahres fortsetzt. Klaus Bade, Migrationsforscher und Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration in Berlin, führt den verstärkten Zustrom aus Spanien und Griechenland auf die Wirtschaftskrise zurück: „Es gibt eindeutige Belege für eine Konjunktur- und Krisenwanderung. Der entscheidende Push-Faktor ist die miserable Situation in den Ländern.“ Deutschland sei in Europa ein doppelter Krisengewinner: Einmal, weil die wirtschaftliche Lage hierzulande noch wesentlich besser sei als in anderen EU-Ländern. Zum anderen, weil die meisten Arbeitskräfte, die aus Griechenland und Spanien kommen, relativ gut ausgebildet und für den hiesigen Arbeitsmarkt sehr hilfreich seien. Den Fachkräftemangel in Deutschland könne man allein mit den Einwanderern aus Griechenland und Spanien aber nicht lösen. Dazu seien die absoluten Zahlen zu gering. „Mittel- und langfristige gehen die Bevölkerungszahlen zurück“, prognostizierte der Statistiker Reinhold Zahn vom Statistischen Bundesamt. „Das momentane Bild ist keine Trendwende, sondern eine Momentaufnahme.“ Charakteristisch für die deutsche Situation sei vielmehr die geringe Geburtenrate, die durch Einwanderung nicht ausgeglichen werde.

Informationen unter: [www.destatis.de](http://www.destatis.de), [www.bamf.de](http://www.bamf.de)  
Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2012

### Migration-Check für ausländische Arbeitskräfte und Arbeitgeber

„Mit sechs Klicks in Deutschland“ - so lautet ein neuer Service der Bundesagentur für Arbeit (BA). Mit dem sogenannten Migration-Check können einwanderungswillige Arbeitskräfte und Arbeitgeber mit sechs Klicks erfahren, ob es in ihrem Fall möglich ist, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung der BA berät Einwanderungswillige bereits rund um das Thema Zuwanderung. Dabei geht es zum Beispiel um Fragen wie: Gibt es in Deutschland eine geeignete Stelle für mich? Wird meine Qualifikation anerkannt und kann ich überhaupt eine Arbeitserlaubnis erhalten? Besonders zur letzten Frage liefert die neue Plattform einfach und unkompliziert Hilfe durch den Paragrafendschungel. Mit höchstens sechs Klicks erhalten Interessierte Informationen in deutscher und in englischer Sprache, wie es in ihrem Fall um eine Arbeitserlaubnis steht.  
[www.arbeitsagentur.de/migration-check-arbeitnehmer](http://www.arbeitsagentur.de/migration-check-arbeitnehmer)

### Internetseite [www.wir-sind-bund.de](http://www.wir-sind-bund.de)

Im Zusammenhang mit dem am 31. Januar 2012 vorgestellten Nationalen Aktionsplan Integration informiert das für das Dialogforum "Migranten im öffentlichen Dienst" zuständige Referat des Bundesministeriums des Innern (BMI) über die am 31. Januar 2012 gestartete zentrale Internetseite [www.wir-sind-bund.de](http://www.wir-sind-bund.de). Diese soll in naher Zukunft noch ergänzt werden (z. B. durch die fremdsprachigen Seiten in der Rubrik für die Eltern).

Quelle: TIM Information vom 03.02.2012

## WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

### Aktuelle Entwicklungen bei Flucht und Asyl in Deutschland und Europa

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist 2011 im Vergleich zum Vorjahr erneut angestiegen. Deutschland entwickelt sich wieder zu einem Hauptziel von Asylbewerbern in Europa. Ende Dezember fällt der Europäische Gerichtshof ein Urteil, das die Prüfung der menschenrechtlichen Situation vorschreibt, bevor jemand in das Erstaufnahmeland zurückgeführt werden kann.

**Asylstatistik 2011:** Ende Januar veröffentlichte das Bundesinnenministerium die Asylstatistik 2011. Demnach wurden im Laufe des Jahres insgesamt 45.741 Asylerstanträge gestellt. Dies entspricht einem Zuwachs von 4.409 Asylanträgen (+ 11 %) gegenüber 2010 (41.332 Erstanträge). Zusammen mit den 7.606 Folgeanträgen sind insgesamt 53.347 Asylanträge eingegangen (2010: 48.589). Es handelt sich somit um das vierte Jahr in Folge, in dem die Asylbewerberzahlen stiegen. Etwa 71 % aller Antragsteller kamen aus zehn Herkunftsländern. Dazu zählen etwa Afghanistan (7.767 Anträge), der Irak (5.831), Serbien (4.579), der Iran (3.352), Syrien (2.634) und Pakistan (2.539). Insgesamt wurde 2011 über 43.362 Erst- und Folgeanträge entschieden. Dabei erhielten 7.098 Personen (16,4 %) die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention. Davon wurden jedoch nur 652 Personen als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt, 6.446 Personen erhielten Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes. Weitere 2.577 Personen (5,9 %) erhielten „subsidiären Schutz“ (Abschiebungsverbot). 54,7 % aller Anträge (23.717) wurden abgelehnt. Die Schutzquote beträgt damit 22,3 % und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen (2010: 21,6 %). Zudem haben Berichte über die Situation in Aufnahmeeinrichtungen einzelner EU-Staaten zu einem Wiederaufleben der Debatte über die Rechtmäßigkeit und die ethische bzw. menschenrechtliche Vertretbarkeit von Rückschiebungen nach der Dublin-II-Verordnung in einzelne EU-Mitgliedstaaten geführt. Im Zentrum dieser Debatte stehen die Asylverfahren sowie die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Griechenland, Italien und Ungarn.

**Griechenland:** Angesichts zahlreicher Berichte zu katastrophalen Zuständen in griechischen Aufnahmeeinrichtungen schiebt die Bundesrepublik bereits seit Januar 2011 über Griechenland eingereiste Asylbewerber nicht mehr dorthin zurück und führt stattdessen die Asylverfahren in Deutschland durch. Zuletzt kritisierten sowohl der Europarat als auch der Deutsche Bundestag die Verhältnisse in griechischen Aufnahmestellen scharf. In einer fraktionsübergreifenden und unter EU-Partnerstaaten ungewöhnlichen Entscheidung stellte der Bundestag Mitte Dezember fest: „Die Zustände in diesen Auffanglagern sind entsetzlich. Dort werden tagtäglich Menschenrechte verletzt.“ Schätzungen zufolge reisen etwa 80 bis 90 % aller Flüchtlinge und irregulären Migranten mit dem Ziel EU über Griechenland ein. Die griechischen Behörden sehen sich überlastet und fordern seit Langem eine Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Europäischen Union.

**Italien:** Auch die Zustände in den italienischen Aufnahmeeinrichtungen stehen zunehmend im Zentrum der Kritik. Ende Dezember wurde insgesamt etwa vierzig Asylsuchenden, die aus Italien nach Deutschland weitergereist waren, eine Prüfung ihres Asylanspruchs in Deutschland zugesagt. Richter, Anwälte und Nichtregierungsorganisationen kritisieren, der Respekt der Menschenwürde sei oft nicht gewährleistet.

**Ungarn:** Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) bezeichnete die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Ungarn als „beunruhigend“. In einem Bericht vom Oktober 2011 wurden vor allem die Praxis der sofortigen Inhaftierung von irregulären Migranten und Asylsuchenden, die Haftbedingungen sowie die Gefahr der Rückschiebung nach Serbien kritisiert. Ein ausführlicher Bericht zu Ungarn sei derzeit in Vorbereitung, so das UNHCR.

#### EuGH-Urteil:

Ende Dezember urteilte der Europäische Gerichtshof (Az. C-411/10 und C-493/10), dass ein Asylbewerber nicht in diejenigen EU-Mitgliedstaaten zurückgeschoben werden kann, in denen die Gefahr einer unmenschlichen Behandlung besteht. Damit hebt das EuGH die Dublin-II-Verordnung von 2003 teilweise aus. Dieser Verordnung zufolge ist im Regelfall das Land der Ersteinreise für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig. Wenn der Asylsuchende in ein anderes Mitgliedsland weiterreist, kann er in das Ersteinreiseland zurückgeschoben werden. Nach dem Urteil des EuGH muss der ausweisende Staat nun jedoch zunächst prüfen, ob der Asylsuchende im Ersteinreiseland ein faires Asylverfahren erhält und seine Grundrechte garantiert werden. Unter Hinweis auf die EU-Grundrechtecharta urteilten die Richter, dass im Falle ernsthafter Zweifel keine Rückschiebung durchgeführt werden dürfe. Hintergrund des Urteils waren die Klagen afghanischer, algerischer und iranischer Staatsbürger, die über Griechenland in die EU eingereist waren, aber ihre Asylanträge in Großbritannien bzw. Irland stellten. Informationen unter [www.bamf.de](http://www.bamf.de), [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de), [www.curia.europa.eu](http://www.curia.europa.eu)

Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2012

### Teilnahme am Resettlement-Programm des UNHCR

Deutschland wird in den nächsten drei Jahren jeweils 300 schutzsuchende Flüchtlinge im Rahmen des Umsiedlungsprogramms des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR, Resettlement-Programm) aufnehmen. Darauf einigten sich die Vertreter der Bundesländer auf der Innenministerkonferenz vom 8. und 9. Dezember 2011. Das Resettlement-Programm des UNHCR soll besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen einen sicheren Aufenthaltsort bieten. Bislang nahmen vor allem die Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und die skandinavischen Staaten Flüchtlinge im Rahmen dieses Programms auf. Flüchtlingshilfsorganisationen begrüßten die Teilnahme an dem Programm, kritisierten jedoch zugleich, dass der deutsche Anteil mit 900 Flüchtlingen in drei Jahren sehr gering sei. Für das Jahr 2012 werden laut UNHCR etwa 172.000 Resettlementplätze benötigt. [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de), [www.bundesrat.de](http://www.bundesrat.de)

## NEUIGKEITEN DER EU

### Mehr Rechte für Drittstaatler

Das EU-Parlament hat am 13. Dezember 2011 entschieden, die Rechte von Drittstaatlern, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, zu verbessern. Insbesondere sollen sie in Hinblick auf Sozialversicherung, Arbeitsbedingungen und öffentlichen Dienstleistungen EU-Bürgern gleichgestellt werden. Die entsprechende Richtlinie ist innerhalb von 2 Jahren umzusetzen.

Quelle: EU KOMP@KT 1-2012

### Neues Schengen-Mitglied

Liechtenstein gehört seit dem 19. Dezember 2011 als 26. Mitglied zum Schengenraum. Damit sind u. a. die Binnen-grenzenkontrollen sowie die derzeitigen Einschränkungen bei der Nutzung des Schengen-Informationssystems (SIS) aufgehoben.

Quelle: EU KOMP@KT 1-2012

### Daueraufenthaltsrichtlinie

Der EuGH hat am 21. Dezember 2011 über ein Vorabentscheidungsersuchen des Bundesverwaltungsgerichts (C-424/10) entschieden und sich dabei zum Recht auf Daueraufenthalt gemäß der Richtlinie 2004/38/EG vom 29. April 2004 geäußert. Zwei polnische Staatsangehörige hatten vor dem Eintritt Polens in die EU eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erhalten. Das Daueraufenthaltsrecht war abgelehnt worden, da weder eine Berufstätigkeit noch ein gesicherter Lebensunterhalt nachgewiesen werden konnte. Der EuGH kam zu dem Ergebnis, dass Aufenthaltszeiten eines Drittstaatsangehörigen nur insoweit zu berücksichtigen sind, wie sie mit den Vorschriften der Richtlinie im Einklang stehen.

Quelle: EU KOMP@KT 1-2012

### Mehr Rechte für Flüchtlinge

Deutsche Gerichte müssen künftig Abschiebungen von Flüchtlingen in andere EU-Staaten gründlicher prüfen als bisher. Flüchtlingen steht nun ausdrücklich der Weg für einstweiligen Rechtsschutz offen. Dies folgt aus einer Entscheidung des EuGH vom 21. Dezember 2011 (Az.: C411/10 u. C 493/10). Danach darf ein Asylbewerber nicht an einen Mitgliedstaat überstellt werden, in dem er Gefahr läuft, unmenschlich behandelt zu werden. Das Unionsrecht lässt keine unwiderlegbare Vermutung zu, dass die Mitgliedstaaten die Grundrechte der Asylbewerber beachten.

Quelle: EU KOMP@KT 1-2012

### EUROSUR

Die EU-Kommission hat am 12. Dezember 2011 die Einrichtung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR) vorgeschlagen. Die für die

Grenzüberwachung zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten (z. B. auch Polizei und Zoll) sollen damit Informationen austauschen und mit Frontex zusammenarbeiten können. Die Nutzung moderner Informationstechnik soll auch dazu dienen, das Leben von Migranten zu retten, die versuchen, in kleinen, seeuntüchtigen und nur schwer aufzuspürenden Booten in die EU-Mitgliedstaaten zu gelangen.

Quelle: EU KOMP@KT 1-2012

### Migranten: aktive Integration

Am 13. Januar 2012 wurde eine Studie zur besseren Integration von Migranten veröffentlicht. Sie befasst sich mit den wichtigsten Trends in der Situation der Migranten hinsichtlich sozialer Betreuung und Zugang zu sozialen Diensten in allen EU-Mitgliedstaaten. Die Durchführung oblag dem Bonner Institut „IZA - Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit“ und dem Dubliner Institut „ESRI – The Economic and Social Research Institute“.

Quelle: EU KOMP@KT 2-2012

### Europäisches Jahr für aktives Altern

Am 18./19. Januar 2012 hat in Kopenhagen die offizielle Eröffnungsveranstaltung des Europäischen Jahrs für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 stattgefunden. Bei der Konferenz wurde angesichts der demografischen Entwicklung konstatiert, dass Menschen länger im Erwerbsleben bleiben und ihre Erfahrungen weitergeben, so wie länger aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Bei der Konferenz wurde mit dem zuständigen Kommissar Andor über unterschiedliche Aspekte des aktiven Alterns diskutiert, wie Beschäftigung, Gesundheitsversorgung, Erwachsenenbildung, Freiwilligentätigkeit, Wohnungswesen, IT-Dienstleistungen und Verkehr. Auf der Website des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in dem auch die nationale Koordinierungsstelle beheimatet ist, können Interessierte alle Daten, Fakten und Termine zum Jahr 2012 abrufen. Zur organisatorischen Unterstützung ist eine Geschäftsstelle eingerichtet worden, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. (FiG) an der Universität Dortmund getragen wird.

Quelle: EU KOMP@KT 2-2012

### Gewaltopferschutz verbessert

Das Europäische Parlament hat am 13. Dezember 2011 einer Richtlinie über den EU-weiten Schutz für Gewaltopfer zugestimmt. Ein Gewaltopfer, das in einem EU-Mitgliedstaat vor dem Täter geschützt wird, soll die gleichen Schutzmaßnahmen auch bei einem Umzug in ein anderes EU-Land in Anspruch nehmen können. Ziel der Europäischen Schutzanordnung ist es auch, vor Belästigung, Entführung, Stalking oder Mordversuchen zu schützen.

Quelle: EU KOMP@KT 1-2012

# FÖRDERTÖPFE

## Unterstützung von Ausbildungsprojekten

Die gemeinnützige Louis Leitz Stiftung unterstützt Projekte, die die Ausbildung und Arbeit von Menschen in Deutschland und weltweit fördern, die besonders betroffen sind von: Benachteiligung, Armut, Gewalt. Dabei werden von der Stiftung Ausbildungsprojekte mit Modellcharakter finanziell gefördert, die innovativ, nachhaltig und übertragbar (replikations- und multiplikationsfähig) sind. Unterstützt werden gemeinnützige Organisationen und Einrichtungen, keine Privatpersonen. Um insbesondere die Nachhaltigkeit und Übertragbarkeit zu sichern, wird die Kooperation mit anderen Institutionen, die finanzielle Förderungen leisten, gesucht. Das Förderbudget der Louis Leitz Stiftung beträgt jährlich ca. 120.000,00 €.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.llstiftung.de](http://www.llstiftung.de).  
Quelle: Ibis - Infodienst Integration 01/12

## Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“

Bereits zum zweiten Mal ruft die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ den bundesweiten Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ aus – gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Vodafone Stiftung Deutschland. Schirmherrin des Wettbewerbs ist Bundesbildungsministerin Annette Schavan. Ausgezeichnet werden Projekte und Initiativen, die in vorbildlicher und nachhaltiger Weise mehr Bildungschancen für Kinder und Jugendliche ermöglichen.

Unter [bildungsideen@land-der-ideen.de](mailto:bildungsideen@land-der-ideen.de) können Vorschläge und Hinweise für herausragende Bildungsideen **bis zum 02. April 2012** eingesandt werden.

Bei Rückfragen wenden Sie sich per E-Mail an [bildungsideen@land-der-ideen.de](mailto:bildungsideen@land-der-ideen.de) oder montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr unter 030 – 23 60 78 444.

Weitere Informationen unter: [www.bildungsideen.de](http://www.bildungsideen.de)  
Quelle: Projektteam Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“

## 2. Ausschreibung 2012 - EIF, EFF, RF

Die Ausschreibungen (Förderjahr 2012) für alle drei EU-SOLID-Fonds sind im I. Quartal 2012 (voraussichtlich Ende Februar 2012) geplant. Die Jahresprogramme befinden sich derzeit im Genehmigungsverfahren mit der EU-Kommission.

Förderschwerpunkte für 2012 sind:

### EIF:

Vorintegration, Integration durch Bildung, Integration durch gesellschaftliche Teilhabe, Interkultureller Dialog, Interkulturelle Öffnung, Monitoring, Evaluierung, Indikatoren, Kommunikation und Kooperation zwischen den

Mitgliedstaaten.

Förderungen aus Mitteln des EIF 2012 sind nur im Rahmen einjähriger Projektmaßnahmen (ca. 12 Monate) möglich. Das Fördervolumen 2012 beträgt insgesamt ca. 16 Mio EUR. Im Zuge gebundener Mittel für mehrjährige Projekte stehen für 2012 effektiv ca. 3 Mio EUR für Fördermaßnahmen zur Verfügung.

### EFF:

Verbesserung der Aufnahmebedingungen, Verbesserung der Aufnahmebedingungen für besonders schutzbedürftige Asylsuchende, Verbesserung der Integrationsbedingungen, Verbesserung der Integrationsbedingungen für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, Monitoring, Evaluierung und Indikatoren, Strukturverbesserungen in Asylpolitik/-verfahren/-verwaltung/-rechtsprechung, Verbesserung der Kapazität und Qualität des europäischen Asylverfahrens  
Förderungen aus Mitteln des EFF 2012 sind nur im Rahmen einjähriger Projektmaßnahmen (ca. 12 Monate) möglich. Das Fördervolumen 2012 beträgt insgesamt ca. 10 Mio EUR. Die Höhe der für neue Fördermaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel steht noch nicht fest.

### RF:

Maßnahme zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr sowie der Wiedereingliederung im Herkunftsland zur Förderung des Entschlusses, freiwillig auszureisen, Besonders innovative Projekte der Rückkehr- und Reintegrationsunterstützung, Intensivierung und Verbesserung der Zusammenarbeit mit westafrikanischen Staaten, Unterstützung für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten beim Rückkehrmanagement, Zusammenarbeit mit der französischen Partnerbehörde Office Français de l'Immigration et de l'Integration (OFII), Herstellung einer größeren Komplementarität bestehender Onlineplattformen im Bereich der Rückkehrförderung und -beratung, Nationale best Practices im Bereich des Rückkehrmanagements, Behördliches Netzwerk für internationale Projektarbeit im Bereich Rückkehr und Reintegration (BNIP)

Förderungen aus Mitteln des RF 2012 sind im Rahmen ein- und zweijähriger Projektmaßnahmen möglich. Das Fördervolumen 2012 beträgt insgesamt ca. 5 Mio EUR. Die Ankündigung der Veröffentlichung der Ausschreibung 2012 erfolgt mit einem gesonderten Infobrief. Die Ausschreibungsfrist (Abgabe der Anträge) beträgt ca. 8 Wochen.

### Zusatzhinweis für 2012:

Partnerschaften in Projekten weisen Synergieeffekte und bessere Fördermöglichkeiten für die Zielgruppen auf. Erfahrungen einzelner Organisationen/Institutionen lassen sich dadurch besser bündeln und effektiver nutzen. Zwei oder mehrere Partner führen gemeinsam ein Projektvorhaben durch, in dem die Aufgaben der Partner eindeutig festgelegt sind. Ein Partnerschaftsvertrag regelt insbesondere Zweck, Leistungsumfang und Ressourceneinsatz für das Projekt. Die Verfahrensabwicklung und Finanzierung erfolgt über den Antragsteller, der federführend die Projektmaßnahme durchführt. Er ist insoweit auch für alle Projektpartner verantwortlicher und alleiniger Ansprechpartner gegenüber der Zuständigen Behörde.

Höhere Fördervolumen (unter Einsatz eines höheren Ressourceneinsatzes) führen regelmäßig zu besseren Projektergebnissen. Deshalb gelangen insbesondere Projekte mit einem höheren Volumen in die engere Auswahl.

Quelle: EU-FONDSINFOBRIEF Ausgabe 01/2012

# Buchempfehlungen - Downloads - Termine

## BÜCHER

El Masrar, Sineb: **Muslim Girls: Wer wir sind, wie wir leben.** 9.12.2011, Bonn,  
Bestellung ist über die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) möglich: [www.bpb.de/shop](http://www.bpb.de/shop)  
Bereitstellungspauschale: 4,50 EUR, Bestellnr. 1187  
Ist sie schon zwangsverheiratet? Trägt sie ihr Kopftuch freiwillig? Dies sind Fragen, die vielen durch den Kopf gehen, wenn sie muslimischen Frauen und Mädchen — in der Sprache der Autorin eben Muslim Girls — begegnen. Anstatt mit diesen zu reden, redet man über sie. Sineb El Masrar, selbst Tochter marokkanischer Einwanderer, möchte mit den Vorurteilen über den islamischen Glauben und die Lebensbereiche der Muslim Girls aufräumen und spricht dabei ohne falsche Rücksichtnahme über deutsch-türkische Integrationsprobleme in Geschichte, Politik und Alltag. Religiöse Reizthemen des Islam spart sie nicht aus, macht aber deutlich, dass alle Religionen missverstanden oder missbraucht werden können. Es geht Sineb El Masrar nicht darum, eine endgültige Aussage über den islamischen Glauben zu treffen. Sie bringt uns mit ihrer lebendigen, witzigen und lebensnahen Kulturkunde vielmehr dazu, Vorurteile über Musliminnen kritischer zu reflektieren und interkulturell offener zu denken.

Informationen zur politischen Bildung (Heft 282): **Bevölkerungsentwicklung.** November 2011, Bonn.  
Von sieben Milliarden 2011 wird die Erdbevölkerung bis zum Jahrhundertende auf zehn Milliarden ansteigen. In den Industrieländern dagegen schrumpft und altert die Bevölkerung. Beide Entwicklungen stellen jeweils

spezifische Herausforderungen. Während das Bevölkerungswachstum Fragen nach der Verfügbarkeit überlebenswichtiger Ressourcen aufwirft, stellt der Bevölkerungsrückgang Herausforderungen für die soziale Sicherung, für Wirtschaft und Arbeitsmarkt dar.

Download unter: [www.bpb.de/files/AM265J.pdf](http://www.bpb.de/files/AM265J.pdf)

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Menschenrechte.** 2011, Bonn.

Auf der Flucht vor Zwangsheirat, hinter Gittern wegen der „falschen“ Meinung, in der Textilfabrik von Kindesbeinen an: Menschenrechte sind auch im 21. Jahrhundert kein selbstverständliches Gut. Sie sind in vielen Ländern zwar Teil der politischen Kultur und moralisches Postulat. Sie werden aber weiterhin auch missachtet — von Einzelnen, von Gruppen und Staaten. Mehr als 60 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sind sie weit davon entfernt, weltweite Akzeptanz zu besitzen. Dabei stehen sie in gleicher Weise allen Menschen zu — unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder Alter.

Download unter: [www.bpb.de/themen/E62BDH,0,Menschenrechte.html](http://www.bpb.de/themen/E62BDH,0,Menschenrechte.html)

Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2012

## VERANSTALTUNG

### Tagung: Deutsche(r) werden – Deutsche(r) bleiben?

Erkenntnisse, Erklärungsansätze und Praxiserfahrungen zur Einbürgerung und zur Optionsregelung in Deutschland  
Veranstalter und Ort: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frankenstr. 210, 90461 Nürnberg  
Termin: 02.07.2012 bis 03.07.2012

Kontakt: +49 (0)911 943-4430

E-Mail: [Christian.BabkavonGostomski@bamf.bund.de](mailto:Christian.BabkavonGostomski@bamf.bund.de)

Kurzinhalt: Die Veranstaltung soll dienen, Studien und Erkenntnisse zu Einbürgerungsabsichten, zum Einbürgerungsverhalten und zu Wahrnehmungen der Optionsregelung durch die Betroffenen vorzustellen. Unter anderen sollen zwei Studien der BAMF-Forschungsgruppe zum Themenbereich präsentiert werden.

Quelle: Migration und Bevölkerung 01/2012

### BILDUNGSSTADT ERFURT - LERNEN VOR ORT

So heißt das Vorhaben der Stadt Erfurt im Verbund mit Arbeit und Leben Thüringen und dem Thüringer Institut für Akademische Weiterbildung zur Entwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements bis zum Jahr 2012.

Im Rahmen des Vorhabens findet eine **Tour de Bildung** statt. Auf verschiedenen Etappen erkundet Andreas Kubitzka mit dem Fahrrad die Erfurter Bildungslandschaft. Ob im Schachklub oder Zoopark, in der Kunstschule oder dem Schülerlabor – Lernen kann man in Erfurt an vielen Orten. Einige davon sind bekannt, andere gilt es noch zu entdecken. Der Journalist und Radiomacher Andreas Kubitzka wird mit Fahrrad und Aufnahmegerät einige dieser Bildungspunkte der Stadt ansteuern. Begleitet wird er von dem Fotografen Boris Hajdukovic.

Die **14. Etappe** hat die beiden in das **Zentrum für Integration und Migration** geführt. Das Ergebnis sehen Sie hier: <http://www.erfurt.de/ef/de/leben/bildung/lvo/info/38657.shtml#etappe14>.

## Zentrum für Integration und Migration des Landeshauptstadt Erfurt

### Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund GmbH

Projekt Transfer und Bildung - TraBi 2020

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: [zim@integration-migration-thueringen.de](mailto:zim@integration-migration-thueringen.de)

Internet: [www.integration-migration-thueringen.de](http://www.integration-migration-thueringen.de)

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium

